

Antrag der Fraktion der CDU**Verbesserung der Straßeninfrastruktur in Bremen – nachhaltige Sanierung und effizientere Planung**

Die Straßeninfrastruktur in Bremen ist zunehmend marode und der Sanierungsbedarf übersteigt die aktuellen Maßnahmen seit Jahren bei weitem. Der Senat hat in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU-Bürgerschaftsfraktion vom 18. März 2025 (Drucksache 20/490 S) bestätigt, dass sich der Gesamtzustand der Straßeninfrastruktur in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert hat. Trotz steigender Haushaltsmittel für Straßenerhalt und -sanierung ist das Sanierungsdefizit gewachsen, da die zur Verfügung stehenden Mittel vor allem für kurzfristige Reparaturmaßnahmen genutzt wurden, die keine langfristige Verbesserung bewirken.

Der Senat hat zudem bestätigt, dass die systematische Erfassung des Straßenzustands in Bremen noch nicht abgeschlossen ist und es bislang keine aktuelle, umfassende Übersicht über den Zustand einzelner Straßen gibt. Dies erschwert eine effiziente Priorisierung von Sanierungsmaßnahmen. Zwar sind regelmäßige Kontrollfahrten vorgesehen, jedoch erfolgt eine umfassende technische Zustandserfassung bislang nur in unregelmäßigen Abständen. Daher ist eine verbindliche, transparente und regelmäßige Erhebung des Straßenzustands notwendig, die auch öffentlich einsehbar sein muss.

Besonders problematisch ist, dass großflächige Sanierungsmaßnahmen nur noch in Ausnahmefällen durchgeführt werden, da die aktuellen Haushaltsmittel vorrangig für kurzfristige Verkehrssicherungsmaßnahmen verwendet werden. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, ist eine strategische und nachhaltige Sanierungsplanung erforderlich, die über akute Schadensbeseitigungen hinausgeht und strukturelle Verbesserungen anstrebt.

Darüber hinaus zeigt die Antwort des Senats, dass das Amt für Straßen und Verkehr für die Planung und Umsetzung der Straßensanierungen derzeit nur über begrenzte personelle Kapazitäten verfügt. In den zehn Erhaltungsbezirken sind jeweils nur ein bis zwei Personen für die

Sanierungs- und Instandhaltungsplanung zuständig. Der Senat räumt ein, dass für die Entwicklung eines langfristigen Erhaltungskonzepts weitere personelle Ressourcen erforderlich sind. Eine personelle Aufstockung ist daher zwingend notwendig, um eine vorausschauende und nachhaltige Instandhaltungsstrategie zu ermöglichen.

Schließlich ist es angesichts steigender Baukosten und zunehmender Witterungsschäden erforderlich, moderne und nachhaltige Sanierungstechniken einzusetzen, um die Langlebigkeit der Straßen zu erhöhen und Kosten langfristig zu senken.

Die Antworten des Senats verdeutlichen, dass ohne ein strategisches Umdenken und gezielte Maßnahmen die Straßeninfrastruktur in Bremen weiter an Qualität verlieren wird, die bereits am unteren Ende angekommen ist. So geht es aktuell bei der Straßeninstandhaltung in Bremen nur darum die Verkehrssicherungspflicht einzuhalten, um die Verkehrsteilnehmer vor Schaden zu bewahren. Nachhaltige Straßensanierungen, die zu geringeren Kosten und weniger Aufwand in den Folgejahren führen, sind mit den aktuellen Maßnahmen, zur Verfügung stehenden Mitteln und dem aktuellen Personalbestand nicht umzusetzen. Vielmehr wird wissentlich Flickschusterei durch diesen Senat betrieben, zum Schaden an der grundsätzlichen Substanz der Straßen. Wohin dies führt erleben die Bremerinnen und Bremer gerade bei den Bremer Weserbrücken. Gleiches droht in breiter Fläche in Bremen für Bremens Straßen.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten fordert dieser Antrag: eine transparente und moderne Zustandserfassung der Straßen, eine Erhöhung der Mittel für die nachhaltige Sanierung von Straßen, eine verbindliche, langfristige und transparente Sanierungsstrategie, eine personelle Aufstockung sowie den Einsatz moderner Technologien in allen Bereichen. Die Menschen und die Unternehmen in Bremen sind auf sichere, moderne und verlässliche Straßen angewiesen, dieser Antrag ebnet mit den hier genannten Maßnahmen den Weg hierfür.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die regelmäßige Straßenzustandserfassung standardisiert und in kürzeren Intervallen durchzuführen, und die erhobenen Daten zeitnah in einem öffentlichen Bericht zugänglich zu machen. Dabei soll auch geprüft werden, inwiefern die Fahrzeuge der Bremer Stadtreinigung (DBS) für die digitale Zustandserfassung des Straßennetzes genutzt werden können, und inwiefern Vor- und Nachteile hinsichtlich der Qualität der Daten zu erwarten sind,
2. ein strategisches Erhaltungsmanagement mit konkretem Maßnahmenplan bis 2035 zu entwickeln. Zudem soll ein verbindliches Priorisierungssystem eingeführt werden, das auf dem Zustand der

Straßen, der Verkehrsbelastung und sicherheitsrelevanten Aspekten basiert und öffentlich nachvollziehbar ist,

3. aufbauend auf dem Erhaltungsmanagement ein verbindliches Koordinierungssystem aufzubauen mit privaten und weiteren Baurägern, um private und weitere Baumaßnahmen, wie zum Beispiel Kanalarbeiten und Arbeiten an Straßenbahngleisen, abzustimmen und gemeinsam durchzuführen,
4. die Haushaltsmittel für großflächige Straßensanierungen schrittweise, aufbauend auf den Erkenntnissen und Anforderungen aus der Straßenzustandserfassung und dem Erhaltungsmanagement, anzuheben, um den Substanzverlust zu stoppen und gleichzeitig die nachhaltige Sanierung von Hauptverkehrsachsen sowie stark belasteten Wohngebieten prioritär zu behandeln,
5. zur Umsetzung eines langfristigen Erhaltungskonzepts die personelle Ausstattung des Amts für Straßen und Verkehr durch zusätzliche Fachkräfte zu stärken. Darüber hinaus muss die technische Ausstattung des Amts verbessert werden, um eine effizientere Planung und Durchführung von Sanierungsmaßnahmen zu ermöglichen und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar darzulegen.

Michael Jonitz, Frank Imhoff und Fraktion der CDU